

Stellungnahme

05.05.2025

Den Signalen müssen Taten folgen

DGVT sieht positive Ansätze im Koalitionsvertrag, aber auch Konkretisierungsbedarf und einige Leerstellen

TÜBINGEN – Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie und der DGVT-Berufsverband begrüßen die von der neuen Regierungskoalition in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit und Prävention. Dies gilt insbesondere für die Ankündigung, endlich die Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung für Kinder und Jugendliche sowie die Bedarfsplanung im ländlichen Raum an den tatsächlichen Bedarf anzupassen, Vergütungsstrukturen für Kurzzeittherapien zu verbessern und die dringend erwartete Weiterbildungsfinanzierung sicherzustellen.

Positiv ist zudem der im Koalitionsvertrag formulierte Ansatz, medizinische Vorsorge, Behandlung und Forschung geschlechts- und diversitätssensibel zu gestalten und das Gewalthilfegesetz umzusetzen. Auch die vorgesehene Präventionsstrategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ unterstützen DGVT und DGVT-BV ausdrücklich. Hierfür sollte die Koalition aus Sicht von DGVT und DGVT-BV den bereits vorliegenden fraktionsübergreifenden Antrag „Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen“ aus der vergangenen Legislaturperiode umsetzen.

Auf anderen wichtigen Feldern der psychischen Gesundheit und Prävention bleiben die Formulierungen im Koalitionsvertrag zu vage. So fehlen für etliche grundsätzlich begrüßenswerte Vorhaben klare Bekenntnisse, diese auch auskömmlich zu finanzieren. Dies gilt beispielsweise für die künftige Finanzierung der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer und die überfällige Kostenübernahme für Sprachmittlung im Rahmen psychotherapeutischer Angebote. Hier muss die Koalition unter Beweis stellen, dass sie den Ankündigungen auch wirklich Taten folgen lässt.

Bedauerlich ist aus Sicht der DGVT und des DGVT-Berufsverbands, dass die Koalitionspartner in einigen Bereichen bereits vor Beginn der Regierungsarbeit zu kurz springen. So wird psychische Gesundheit vorwiegend unter dem Aspekt der Verhaltensprävention und freiwilliger Angebote für individuell Betroffene thematisiert. Die gesellschaftliche Dimension des Themas wird im Koalitionsvertrag weitgehend unterschlagen. Dabei haben Armut, Ausgrenzung und Diskriminierungserfahrungen unweigerlich Folgen für die psychische Gesundheit der Betroffenen. Soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu fördern, ist deshalb ebenso ein

Beitrag zur Prävention psychischer Erkrankungen wie der Einsatz für Weltoffenheit, Toleranz, Vielfalt und Mitmenschlichkeit.

Dieser Zusammenhang muss ebenso Eingang finden in eine aus unserer Sicht erforderliche umfassende Reform des Präventionsgesetzes wie das leider ebenfalls unterbelichtete Thema Klimaschutz. Auch die Klimakrise verschärft soziale Ungleichheiten und wirkt sich negativ auf die psychische Gesundheit aus. Deshalb sind ganzheitliche Lösungsansätze erforderlich, die sowohl soziale als auch ökologische Herausforderungen berücksichtigen.

DGVT und DGVT-BV bieten eine konstruktive Mitwirkung bei der Umsetzung ambitionierter Vorhaben der neuen Regierungskoalition auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit und der psychotherapeutischen Versorgung an. Um die ausgerufenen Ziele zu erreichen, sind dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen und adäquate Finanzierungsmöglichkeiten entscheidend.